

Dr. Julia Simonson/ Dr. Claudia Vogel/ Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer

Was die Engagementforschung vom neuen Freiwilligensurvey lernen kann

Replik auf den Beitrag von Roland Roth „Gewinnwarnung – Anmerkungen zur wundersamen Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014“ im BBE-Newsletter 10/2016

Im April dieses Jahres hat das BMFSFJ den Hauptbericht zum Freiwilligensurvey 2014 veröffentlicht.¹ Zwei zentrale Ergebnisse lauten:

- Die Engagementquote ist in den letzten fünfzehn Jahren erheblich gestiegen, und zwar von 34,0 Prozent im Jahr 1999 auf 43,6 Prozent im Jahr 2014.
- Die Engagementquote ist seit 1999 stetig gestiegen, aber die Anstiege in den Jahren 2004 und 2009 wurden aufgrund methodischer Entscheidungen nicht sichtbar.

Die Kombination beider Aussagen ist wichtig: Die Engagementquote ist erheblich gestiegen – und sie ist nicht plötzlich, sondern seit 1999 stetig gestiegen. Im Bericht haben wir ausführlich dokumentiert (in den Kapiteln 2 und 3), warum wir denken, dass diese Aussagen richtig sind. Der Bericht ist im Internet frei zugänglich, sodass sich alle Interessierten aus erster Hand informieren können.² Wir stellen damit eine bisher zentrale Gewissheit der Engagementforschung in Deutschland infrage, nämlich die Annahme, die Anteile freiwillig Engagierter hätten sich zwischen 1999 und 2004 nur wenig und zwischen 2004 und 2009 gar nicht verändert.

Der im BBE-Newsletter 10/2016 veröffentlichte Kommentar von Roland Roth³ zum Freiwilligensurvey 2014 zeigt, wie schwierig es ist, vermeintlich feststehende Wahrheiten (sowie darauf basierende Schlussfolgerungen) infrage zu stellen. Einfacher scheint es da, die Aussagekraft des Freiwilligensurveys 2014 sowie die Vergleichbarkeit mit den vorherigen Wellen grundsätzlich anzuzweifeln. Es ist gute wissenschaftliche Praxis, empirische Ergebnisse kritisch zu befragen – und wenn diese Kritik im Stile einer Enthüllungsgeschichte vorgetragen

¹ Simonson, J., Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (Hrsg.). (2016). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

² Der Bericht ist online erhältlich: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Freiwilligensurvey-2014-Langfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>. Im Sommer 2016 wird der Bericht als Buch im Springer Verlag veröffentlicht. Auch das Buch wird online verfügbar sein (Open Access).

³ Roth, R. (2016). Gewinnwarnung – Anmerkungen zur wundersamen Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014. BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 10/2016, S. 1-7. <http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2016/05/newsletter-10-roth.pdf>

wird, ist dies mitunter auch noch sehr amüsant zu lesen. Roth unterstellt, dass das BMFSFJ mit dem DZA ein „pflegeleichtes“ Ressortforschungsinstitut beauftragt habe (Roth 2016: S. 5), dass der Bericht von Autorinnen und Autoren erstellt wurde, die „nur mäßig mit den jeweiligen Fachdebatten vertraut“ seien (S. 5), dass diese Autorinnen und Autoren „mit der Tradition der FWS“ gebrochen (S. 4) und mit „gravierenden methodischen Veränderungen“ (S. 1) die „wundersame Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014“ (S. 1) selbst produziert hätten. Kurzum: Wir Schmuttelkinder vom DZA haben alles kaputt gemacht, was in der Engagementforschung bislang gut und richtig war.

Schmerzlich ist es allerdings zu sehen, dass Roth die Geschichte der Freiwilligensurveys offensichtlich nicht ausreichend kennt, dass ihm Standards der empirischen Sozialforschung wie die Unterscheidung zwischen Begriffsdefinition und empirischer Operationalisierung nicht geläufig scheinen und dass er unser methodisches Vorgehen nicht korrekt darstellt.

Im Sinne eines konstruktiven wissenschaftlichen Diskurses möchten wir im Folgenden darlegen, wie es zu der gar nicht so „wundersamen Engagementvermehrung“ gekommen ist,⁴ inwiefern die im Freiwilligensurvey 2014 präsentierten Zahlen mit den Daten aus den Jahren 1999, 2004 und 2009 vergleichbar sind – und bei welchen Kritikpunkten Roth sich irrt. Wir sind davon überzeugt, dass der Bericht zum Freiwilligensurvey 2014 die Engagementforschung und die Debatte um freiwilliges Engagement in Deutschland befördert.

Punkt 1: Das Konzept des freiwilligen Engagements

Der Freiwilligensurvey verwendet seit seinen Anfängen einen weitgefassten Engagementbegriff (Tätigkeiten, die aktiv, unentgeltlich, öffentlich und gemeinschaftlich ausgeübt werden) – und dieser Begriff wurde in allen bisherigen Freiwilligensurveys 1999, 2004, 2009 und 2014 verwendet. Rosenblatt bezeichnete „freiwilliges Engagement“ im Bericht zum Freiwilligensurvey 1999 als Oberbegriff etwa für Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfegruppen oder selbst organisierte Initiativen und Projekte.⁵

Roth kritisiert, dass wir im Freiwilligensurvey 2014 bei der Definition des Begriffs „freiwilliges Engagement“ auf die Dimensionen „Freiwilligkeit“ und „Gemeinwohlorientierung“ verzichtet hätten. Wenn alle Tätigkeiten, die aktiv, unentgeltlich, öffentlich und gemeinschaftlich ausgeübt werden, als „freiwilliges Engagement“ gezählt würden, müsse dies ja zu einer Inflation der Engagementrate führen. Der Kern des von der Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ geprägten Begriffs werde damit von uns analytisch aufgegeben. Roth unterschlägt bei dieser Kritik einen wichtigen Punkt: Der Bundestag beschloss erst im Dezember 1999 die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, zu einem Zeitpunkt als die Datenerhebung des ersten Freiwilligensurveys 1999 be-

⁴ Ein Trend zu mehr Engagement wie im Freiwilligensurvey 2014 zeigt sich übrigens auch in anderen Studien wie dem European Social Survey (ESS), dem Deutschen Alterssurvey (DEAS) oder dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP).

⁵ Rosenblatt, B. v. (Hrsg.). (2001). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Stuttgart: Kohlhammer.

reits abgeschlossen war. Die Begriffsdefinition der Enquete-Kommission konnte das Vorgehen im ersten Freiwilligensurvey also gar nicht beeinflussen, da der Survey abgeschlossen war, bevor die Kommission ihre Arbeit aufnahm. Und er verkennt auch in sonstiger Hinsicht die Vorgehensweise im Freiwilligensurvey, mit der die Freiwilligkeit des Engagements keinesfalls unterschlagen wird.

Was im Freiwilligensurvey als Engagement gewertet wird, entscheidet sich (a) in der Abfrage, mit der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studie um Auskunft über ihr Engagement gebeten werden, und (b) in den Prüfkriterien, die bei der Bewertung der von den Befragten genannten Tätigkeiten herangezogen werden.

(a) Abfrage

Die Abfrage zum freiwilligen Engagement vollzieht sich in allen vier Wellen des Freiwilligensurveys in zwei Stufen.⁶ Zunächst wird gefragt, ob sich eine Person in einem von vierzehn gesellschaftlichen Bereichen,⁷ außerhalb von Beruf und Familie, aktiv beteiligt. Bejaht eine Person diese Frage für mindestens einen der vierzehn Bereiche, so folgt eine zweite Frage, mit der erfasst wird, ob eine Person in den Bereichen, in denen sie aktiv ist, auch ehrenamtliche Tätigkeiten ausübt oder in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen freiwillig engagiert ist. In der Interviewfrage wird betont, dass es dabei um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten geht, die unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausgeübt werden. Bei dieser Abfrage wird also zwischen gemeinschaftlich ausgeübten Aktivitäten und freiwilligem Engagement differenziert. Während es sich bei Aktivitäten um das ‚Mitmachen‘ handelt, ist Engagement durch konkrete, freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten charakterisiert. Die grundlegende Konzeption dieser Fragen sowie die Unterteilung zwischen Aktivitäten und Engagement sind auch im Freiwilligensurvey 2014 beibehalten worden.

(b) Prüfung

Da die Personen im Freiwilligensurvey konkret jene Tätigkeiten benennen, denen sie im Rahmen ihres freiwilligen Engagements nachgehen, ist es möglich, diese Tätigkeitsnennungen zu prüfen und zu bewerten, ob es sich um freiwilliges Engagement handelt oder nicht. Die bei dieser Prüfung verwendeten Kriterien orientieren sich an den fünf Bestimmungstücken der Enquete-Kommission ‚Bürgerschaftliches Engagement‘. Für die Prüfung im Freiwilligensurvey 2014 wurde ein Kriterienkatalog entwickelt, der die in den vorangegangenen Erhebungen bereits verwendeten Prüfkriterien aufgreift und operationalisierbar macht. Die von den Personen genannten Aufgaben und Arbeiten sind dann freiwilliges Engagement,

⁶ Die Erhebungsinstrumente stehen im Forschungsdatenzentrum des DZA als Download zur Verfügung (www.fdz-dza.de), für 2014 siehe: Simonson, J., Ziegelmann, J. P., Vogel, C., Hameister, N., Müller, D. & Tesch-Römer, C. (2016). Deutscher Freiwilligensurvey 2014. Erhebungsinstrument. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. DOI: 10.5156/FWS.2014.D.001.

⁷ Im Freiwilligensurvey 1999 wurden fünfzehn Bereiche abgefragt, wobei sich der Bereich der wirtschaftlichen Selbsthilfe als sehr klein erwies und daher in den folgenden Erhebungen nicht mehr berücksichtigt wurde.

wenn sie freiwillig, unentgeltlich, öffentlich und gemeinschaftlich mit anderen ausgeübt werden.

In der Tat wurden die Kriterien „Freiwilligkeit“ und „Gemeinwohlorientierung“ bei der Prüfung der Angaben nicht verwendet. Wie in allen empirischen Studien offenbart sich hier die Spannung zwischen konzeptueller Begriffsdefinition und empirischer Operationalisierung. Bisweilen können wichtige Begriffsbestandteile empirisch nicht direkt gemessen werden. Beim Kriterium der „Freiwilligkeit“ erscheint dies unproblematisch: Freiwilligkeit kann bei allen genannten Tätigkeiten im Jahr 2014 vorausgesetzt werden, da es Pflichtdienste (Wehrdienst, Zivildienst) nicht mehr gab, und berufliche Tätigkeiten in der Einstiegsfrage zur Aktivität bereits ausgeschlossen werden (außerhalb von Beruf und Familie). Das Kriterium der „Gemeinwohlorientierung“ ist dagegen nur sehr schwer zu erfassen. Würde man die subjektive Gemeinwohlorientierung erfassen wollen, so müsste man die Intentionen der Befragten kennen. Zielt man dagegen auf das objektive Gemeinwohl, so müsste man die tatsächlichen Wirkungen eines freiwilligen Engagements überprüfen. Beide Prüfungen sind anhand der begrenzten Angaben, die Befragte in telefonischen Interviews geben, nicht durchzuführen. Aus diesem Grund war die Gemeinwohlorientierung in allen Erhebungsjahren – 1999, 2004, 2009 und 2014 – kein Prüfkriterium.

Roth irrt bei diesem Punkt also in zweierlei Hinsicht: Weder bei der Abfrage zum freiwilligen Engagement noch bei der Festlegung der Prüfkriterien kann von einer Aufweichung der Engagementkonzeption die Rede sein. Wie sieht es nun mit der konkreten Umsetzung der Prüfung aus?

Punkt 2: Prüfung der Selbstangaben zum freiwilligen Engagement

Eine Prüfung der Selbstangaben zum freiwilligen Engagement fand in allen Wellen (a) während des Interviews und (b) nach Abschluss des Interviews statt.

(a) Prüfung der Selbstangaben während des Interviews

Während des Interviews wurden im Jahr 2014 alle Personen, die Angaben zum freiwilligen Engagement gemacht hatten, standardisiert gefragt, ob es sich dabei um eine ehrenamtliche oder freiwillige, unbezahlte oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausgeübte Tätigkeit handelt, und zwar nach Erfassung der Organisation, in der die freiwillige Tätigkeit ausgeübt wird, der konkreten Aufgabe oder Arbeit sowie gegebenenfalls dem Namen der Tätigkeit. Nur wenn die interviewte Person diese Prüffrage bejahte, wurde sie im weiteren Interviewverlauf als ‚freiwillig engagiert‘ behandelt. So wurde beispielsweise sichergestellt, dass nebenberufliche Tätigkeiten nicht als freiwillige Tätigkeiten erfasst wurden. Auch in den Erhebungsjahren 1999, 2004 und 2009 hatten Interviewerinnen und Interviewer die Möglichkeit, während des Interviews eine Tätigkeit, die ihrer Meinung nach kein Engagement war, durch Nachfrage zu prüfen und die Bewertung einer befragten Person von ‚engagiert‘ in ‚nicht-engagiert‘ zu ändern, es handelte sich dabei jedoch nicht um ein standardisiertes Vorgehen.

(b) Prüfung der Selbstangaben nach dem Interview

Nach Abschluss der Interviews wurde darüber hinaus eine Prüfung der offenen Angaben vorgenommen. Im Jahr 2014 wurde von uns ein Kriterienkatalog mit einer verbindlichen Operationalisierung ausgearbeitet, sodass alle Prüfenden nach einheitlichen Regeln vorgehen konnten. Auch in den ersten drei Erhebungswellen wurden die Tätigkeiten nach einem Kriterienkatalog geprüft. Aus den Jahren 1999, 2004 und 2009 fehlen jedoch publizierte Angaben über das exakte Vorgehen bei der Prüfung.

Geht man davon aus, dass die Prüfungen in allen Wellen in vergleichbarer Weise stattgefunden haben, so müsste sich dies darin zeigen, dass der Anteil der Personen, die sich selbst zwar als ‚engagiert‘ einschätzen, nach der Prüfung aber als ‚nicht-engagiert‘ bewertet werden, in allen Wellen etwa gleich hoch ist. Dies ist jedoch nicht der Fall: Der Anteil der Personen, die sich selbst zwar als ‚engagiert‘ einschätzen, nach der Prüfung aber als ‚nicht-engagiert‘ bewertet wurden, unterscheidet sich zwischen den Wellen deutlich. Im Jahr 2014 wurden trotz des systematischeren Vorgehens bei der Prüfung weniger Tätigkeiten als Nicht-Engagement gewertet als in den Jahren davor. Von 1999 über 2004 bis 2009 wurden stetig mehr Tätigkeiten ausgeschlossen. Besonders hoch ist der Anteil der auf ‚nicht-engagiert‘ gesetzten Personen im Jahr 2009 mit 10,4 Prozent der Selbsteinschätzungen (1999 wurden 3,5 Prozent recodiert, 2004 5,4 Prozent und 2014 1,6 Prozent).

Wie sind diese Unterschiede zu erklären? Roth geht anscheinend davon aus, dass 2014 weniger streng geprüft wurde als in den Vorwellen, da Kriterien, die vormals Anwendung fanden, nun nicht mehr galten oder aber neuerdings in Zweifelsfällen der Selbsteinschätzung der Befragten vertraut wurde. Diese Annahme Roths ist falsch. Der Kriterienkatalog, der 2014 entwickelt wurde, enthielt auch diejenigen Kriterien, die in den Vorwellen zum Einsatz kamen, die Kriterien wurden jedoch ausdifferenziert und operationalisiert, das heißt es wurden klare Regeln für ihre Anwendung formuliert. In allen Erhebungswellen galt darüber hinaus bei der Prüfung der Grundsatz, der Einschätzung der Befragten zu trauen und eine Tätigkeit nur dann als ‚Nicht-Engagement‘ zu werten, wenn klare Hinweise vorlagen, dass mindestens eines der aufgestellten Kriterien verletzt war.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass es einen zunehmenden Effekt sozialer Erwünschtheit gibt (Personen geben an, engagiert zu sein, weil dies einer vermeintlichen Erwartungsnorm entspricht), bleibt der unverhältnismäßig hohe Anteil an Recodierungen 2009 erklärungsbedürftig, der die Engagementquote 2009 um fast vier Prozentpunkte auf 35,9 Prozent abgesenkt hat. Betrachtet man das Vorgehen bei der Prüfung im Jahr 2009 genauer, so wird deutlich, dass ein Großteil der Recodierungen (knapp 80 Prozent) nicht nachträglich vorgenommen wurde, sondern bereits im Interviewverlauf durch Interviewerinnen und Interviewer. Hierfür gab es allerdings keine festgelegten Kriterien, sondern die Interviewerinnen und Interviewer konnten spontan und nach eigenem Ermessen entscheiden, ob eine Person als engagiert gelten sollte oder nicht.

Roth irrt also auch hier: In den Wellen 1999, 2004 und 2009 waren die Prüfungen nicht das Resultat eines „seit den 2000er Jahren entwickelten breiten konzeptionellen Konsens von

Wissenschaft und Praxis“ (Roth 2016: S. 3), sondern wurden teilweise (insbesondere im Jahr 2009) während des Interviews durchgeführt, sodass es nachträglich unmöglich ist, die Gründe für Recodierungen zu erkennen. Ein gut gemachter Survey zeichnet sich jedoch durch eine standardisierte (d.h. für alle Befragten einheitliche) Abfrage und eine nachvollziehbare Datenedition allein in notwendigem Mindestmaß aus.

Betrachtet man darüber hinaus, welche Tätigkeiten 2009 als ‚Nicht-Engagement‘ gewertet wurden, so lässt sich keine eindeutige Systematik erkennen: Unter den als Nicht-Engagement gewerteten Tätigkeiten finden sich zahlreiche Tätigkeiten, bei denen völlig unklar ist, warum sie nicht als freiwilliges Engagement gewertet wurden. Beispiele sind „Schriftführer im Schützenverein“, „Organisation einer Bürgerinitiative“, „Kassenwart im Verein“, „Tätigkeit als Schöffe“, „Elternvertreter“. Nur bei der Minderheit der Tätigkeiten handelt es sich um eine Tätigkeit, die faktisch nicht die Kriterien für freiwilliges Engagement erfüllt (Beispiele: Betriebsrat, zahlendes Mitglied). Es ist erstaunlich, dass Roth als ehemaliges Beiratsmitglied des Freiwilligensurveys diese Situation offensichtlich nicht kennt.

Roth schlägt vor, die Daten des FWS 2014 nach den „bisherigen Regeln“ zu prüfen, um der Frage auf den Grund zu gehen, ob die aus seiner Sicht zu laxen Prüfung 2014 zu dem Anstieg der Engagementquote geführt habe. Wir laden Roth, ebenso wie andere Forscherinnen und Forscher, herzlich ein, dies zu tun. Die Daten aller FWS-Erhebungen sind über das Forschungsdatenzentrum des DZA zu beziehen.⁸ Allerdings möchten wir der Fairness halber die Schwierigkeiten benennen, die dies mit sich führt: Während das methodische Vorgehen für die Prüfung der Angaben nach dem Interview 2014 in unserem Bericht transparent dargestellt wurde, ist dies für die ersten drei Wellen 1999, 2004 und 2009 nicht der Fall. Noch problematischer ist der Umstand, dass im Jahr 2009 der Großteil der Recodierungen nicht nach dem Interview, sondern während des Interviews durchgeführt wurde. Hier ist völlig unklar, welche Regeln die Recodierung geleitet haben (und ob es überhaupt Regeln dafür gab).

In unserem Bericht haben wir zur Darstellung der Engagemententwicklung ein anderes Vorgehen gewählt: Wir haben die unkorrigierten Zahlen (d.h. basierend auf den Angaben vor den Prüfungen) aus den Jahren 1999, 2004, 2009 und 2014 miteinander verglichen. Hierbei zeigt sich ein stetiger Anstieg der Engagementquote. (Dieser Befund basiert nicht auf einer nachträglichen Anwendung unserer Kriterien auf alte Daten, wie von Roth fälschlicherweise angenommen, sondern auf der Betrachtung der Quoten vor Prüfung). Insgesamt ist davon auszugehen, dass aufgrund methodischer Entscheidungen bei der Prüfung der Angaben die Engagementquote 2009 und wahrscheinlich auch 2004 unterschätzt wurde, der Anstieg der

⁸ Die Daten aller Erhebungsjahre sowie ausführliches Dokumentationsmaterial stehen Nutzerinnen und Nutzern für die wissenschaftliche Forschung über das Forschungsdatenzentrum des Deutschen Zentrums für Altersfragen (FDZ-DZA) zur Verfügung (www.fdz-dza.de). Eine Analyse der offenen Angaben zu den freiwilligen Tätigkeiten ist aus Datenschutzgründen nur an einem geschützten Nutzerarbeitsplatz im DZA möglich.

Engagementquote also wesentlich kontinuierlicher ist, als es aufgrund der geprüften Quoten auf den ersten Blick scheint.

Roth hat Recht, wenn er konstatiert, dass bei der Prüfung der Selbstangaben zum freiwilligen Engagement in der Welle 2014 anteilig weniger Angaben als Nicht-Engagement gewertet wurde. Dies ist allerdings das Ergebnis einer reliablen Prüfung: Im Freiwilligensurvey 2014 gab es klare Anweisungen an die Interviewerinnen und Interviewer für die Prüfung der Selbstangaben während des Interviews. Es gab zudem ein ausführliches Regelwerk für die Prüfung der Selbstangaben nach dem Interview – und alle 25.530 Tätigkeitsangaben wurden 2014 von mindestens zwei Personen unabhängig voneinander geprüft. Die Bereinigungspraxis in früheren Surveys war dagegen deutlich unsystematischer.

Es ist schwierig anzuerkennen, dass die Vergangenheit weniger glanzvoll ist als man sie wahrnimmt, insbesondere dann, wenn man in dieser Vergangenheit selbst einer der Akteure war und an Entscheidungen mitgewirkt hat. Auch wenn die Freiwilligensurveys in der Vergangenheit in vielerlei Hinsicht vorbildlich durchgeführt wurden, gibt es doch auch Probleme, die in der Fachöffentlichkeit bislang nicht wahrgenommen wurden. Wir halten es für unser Verdienst, diese Themen transparent und klar dargestellt zu haben.

Punkt 3: Optimierung der Abfrage zum freiwilligen Engagement durch Einführung des Zeitfensters von zwölf Monaten

In den ersten drei Freiwilligensurvey-Erhebungen wurde erfasst, ob Personen ‚derzeit‘ gemeinschaftlich aktiv beziehungsweise freiwillig engagiert sind. Die Abfrage ‚derzeit‘ birgt jedoch das Problem, dass kein eindeutiger zeitlicher Bezugsrahmen vorliegt. Während eine Person mit ‚derzeit‘ beispielsweise einen Zeitraum von einer Woche assoziiert, denkt eine andere möglicherweise an die letzten zwei Monate und eine dritte an die letzten zwei Jahre. Wir haben bei der Abfrage des freiwilligen Engagements ein Zeitfenster von zwölf Monaten ergänzt, da Ergebnisse besser miteinander vergleichbar sind, wenn alle Personen über den gleichen zeitlichen Bezugsrahmen Auskunft geben. Fragt man nach den letzten zwölf Monaten, so gibt es keine saisonalen Einflüsse (es ist also unerheblich, ob eine Person im Sommer oder im Winter befragt wird).

Roth vermutet, dass der Anstieg der Engagementquote auch auf die Einführung des Zeitfensters von zwölf Monaten zurückzuführen ist, weil er annimmt, dass die Befragten bei Angabe eines Zwölf-Monats-Zeitfensters häufiger angeben würden, freiwillig engagiert zu sein als ohne Zeitfenster. Anhand der Daten des Freiwilligensurveys 2014 lässt sich zeigen, dass diese Annahme wenig plausibel ist.

Um zu untersuchen, ob sich die Messung des Anteils freiwillig Engagierter mit und ohne Zwölf-Monats-Zeitfenster unterscheidet, wurde in einem Pretest eine Gruppe von Personen per Zufallsauswahl mit der alten Frageformulierung ohne Zeitbezug und eine andere Gruppe von Personen mit der neuen Frageformulierung inklusive Zeitfenster befragt. Im Ergebnis zeigte sich kein statistisch signifikanter Unterschied. In der Tendenz war der Anteil der Engage-

gierten in der Gruppe derer, die nach derzeitigem Engagement gefragt wurden, sogar noch höher. Es scheint uns darüber hinaus nicht plausibel anzunehmen, dass die Ergänzung des Zeitfensters zwar einen Effekt auf die Messung der Engagementquote haben soll, nicht aber auf die Messung der Aktivitätsquote, die zwischen 2009 und 2014 nicht zugenommen hat (auch bei der Aktivitätsabfrage wurde das Zeitfenster ja ergänzt). Dies spricht dafür, dass sich die Ergänzung des Zeitfensters nicht maßgeblich auf die Messung des Anteils Engagierter ausgewirkt hat.

Dass die Abfrage zum Engagement in den letzten vier Wochen (die 2014 neu aufgenommen wurde) deutlich geringere Anteile Engagierter erbringt als die Zwölf-Monats-Abfrage 2014, aber auch als die Derzeit-Abfrage in allen Erhebungswellen zuvor, macht deutlich, dass Personen offensichtlich auch bei ‚derzeit‘ in der Regel deutlich längere Zeiträume vor Augen hatten als die letzten vier Wochen – unklar bleibt eben nur, welche. (Dieser Befund wird übrigens in Kapitel 3 des Berichts aufgezeigt und nicht, wie Roth angibt, nur im Tabellenband dargestellt).

Punkt 4: Vergleichbarkeit der Engagementquoten durch gleichbleibende Gewichtung

In allen Erhebungswellen des Freiwilligensurveys sind Personen mit höherer Bildung überrepräsentiert, Personen mit niedriger Bildung unterrepräsentiert. Dieses Phänomen findet sich auch in anderen Umfragestudien. In einigen Studien (Beispiel: Sozio-oekonomisches Panel) wird daher versucht, die Bildungsverzerrung der Stichprobe durch eine nachträgliche Gewichtung der Daten auszugleichen, in anderen Studien (Beispiel: Schweizer Engagementmonitor, seit Welle 2) wird auf eine Gewichtung nach Bildung verzichtet.

Nun lässt sich argumentieren, dass es in einer Studie wie dem Freiwilligensurvey, bei dem sich das öffentliche Interesse stark auf eine einzige Zahl (die Engagementquote) richtet, besonders wichtig ist, das Bildungsniveau bei der Gewichtung der Daten zu berücksichtigen, um eine möglichst realistische Quote zu erhalten. Dennoch wurde in den ersten drei Erhebungswellen nicht nach Bildung gewichtet. Um Ergebnisse vergleichen zu können, haben wir uns auch für den Freiwilligensurvey 2014 entschieden, Anteile zu berichten, die nicht nach Bildung gewichtet sind. Andernfalls hätte man für alle Erhebungsjahre rückwirkend neue Werte berichten müssen, die in Kontrast zu den bereits publizierten Ergebnissen der bisherigen Berichte gestanden hätten.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Freiwilligensurveys haben wir die Problematik der Bildungsgewichtung ausführlich diskutiert (S. 67-70 des Berichts). Wir haben die ungewichteten und die gewichteten Quoten nebeneinandergestellt und zeigen, dass sich bei der Bildungsgewichtung die Anteile Engagierter in allen Erhebungswellen verringern und zwar jeweils um drei bis vier Prozentpunkte. Anders formuliert: An dem beschriebenen Anstieg des Engagements ändert sich durch eine Bildungsgewichtung nichts, lediglich das Niveau verschiebt sich etwas nach unten.

Für zukünftige Wellen des Freiwilligensurveys ist zu überlegen, ob auch nach Bildung gewichtet werden sollte. In dem im Forschungsdatenzentrum des DZA für wissenschaftliche Zwecke frei erhältlichen Datensatz zum FWS 2014 werden bereits jetzt unterschiedliche GewichtungsvARIABLEN zur Verfügung gestellt, die es Nutzerinnen und Nutzern ermöglichen, selbst zu entscheiden, wie sie in dieser Frage vorgehen möchten.

Punkt 5: Der stetige Anstieg des freiwilligen Engagements beruht auf langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen

Roth stellt zu Recht fest, dass langfristige gesellschaftliche Veränderungen einen kurzfristigen Anstieg der Anteile freiwillig Engagierter nicht erklären können. Wie wir allerdings gezeigt haben, ist die Engagementquote über die letzten fünfzehn Jahre stetig angestiegen. Es handelt sich also nicht um einen kurzfristigen Anstieg, sondern um einen schon länger andauernden Prozess, der sich auf längerfristige gesellschaftliche Veränderungen wie die Bildungsexpansion, die Veränderung der Lebensphase Alter, die gestiegene Erwerbsbeteiligung und die zunehmende Thematisierung freiwilligen Engagements in der Öffentlichkeit zurückführen lässt, und möglicherweise auch, wie von Roth (Roth 2016: S. 1) ergänzt, auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus: Auch wenn man über die Effekte engagementpolitischer Maßnahmen im Einzelnen streiten mag, so scheint doch relativ unstrittig, dass das Thema Engagement in der öffentlichen Diskussion in den letzten Jahren noch einmal deutlich an Bedeutung gewonnen hat; dies könnte mit ausschlaggebend für die Dynamisierung des Anstiegs sein.

Roth geht übrigens selbst von längerfristigen gesellschaftlichen Veränderungen aus: Neben der von ihm erwähnten Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland verweist er auf den veränderten Zeitgeist und stellt heraus, dass freiwilliges Engagement „ein zunehmend positiv bewertetes und erwünschtes Verhalten“ (Roth 2016: S. 3) sei. Offenkundig hat der gesellschaftliche Diskurs, an dem Roth ja selbst mitgewirkt hat, kontinuierlich Früchte in der Bewertung des freiwilligen Engagements getragen. Umso erstaunlicher ist es, dass Roth – und mit ihm die Fachöffentlichkeit – von den Ergebnissen des Freiwilligensurveys überrascht war. „Weitgehend unbemerkt von der Fachöffentlichkeit“ (Roth 2016: S. 1) habe sich die Engagementquote positiv entwickelt. Offensichtlich benötigt die Fachöffentlichkeit die empirische Grundlage eines methodisch sorgfältig gemachten Surveys, um über die Dynamik des freiwilligen Engagements in Deutschland informiert zu werden.

Punkt 6: Unabhängiges Forschungsinstitut und Trennung von wissenschaftlicher Leitung und Durchführung der Erhebung

Neben den bislang diskutierten methodischen Einwänden stellt Roth auch die wissenschaftliche Integrität der Forscherinnen und Forscher am Deutschen Zentrum für Altersfragen insgesamt infrage. Roth geht davon aus, dass politische Gründe und der Wunsch, ein „pflegeleichtes“ Institut zu beauftragen (Roth 2016: S. 5), ausschlaggebend für die Vergabe des Freiwilligensurveys an das DZA seien. Dem Forscherteam am DZA sei es denn auch „vor allem um große Zahlen und gute Botschaften“ gegangen (Roth 2016: S. 4).

Wir können über die Gründe, die das BMFSFJ bewogen haben, das DZA mit der Durchführung des Freiwilligensurveys 2014 zu beauftragen, keine Auskunft geben. Das kann nur das BMFSFJ selbst tun. Allerdings gab es vor dem Wechsel in der Zuständigkeit des Freiwilligensurveys eine Empfehlung des Wissenschaftsrates, in der eine Neuausrichtung des Freiwilligensurveys empfohlen wurde.⁹ Mit dem Wechsel zum DZA wurde eine auch sonst übliche Trennung von wissenschaftlicher Steuerung (DZA) und Durchführung der Erhebung (infas) vorgenommen.

Die Tatsache, dass wir ergebnisoffen gearbeitet haben, ist für uns so selbstverständlich, dass wir es im Bericht zum Freiwilligensurvey nicht gesondert erwähnt haben. An dieser Stelle scheint uns eine Erwähnung jedoch notwendig, da Roth – aus welchen Gründen auch immer – offensichtlich annimmt, dass wir das Ziel gehabt hätten, möglichst hohe Engagementquoten zu produzieren. Dieser Vorwurf ist übrigens nicht neu: Er wurde bereits als Kritik am ersten Freiwilligensurvey vorgebracht, und zwar als die Engagementquote noch bei 34,0 Prozent lag.¹⁰

Ausblick

Freiwilliges Engagement hat viele Facetten. Gerade in Anbetracht dieser Vielfältigkeit würde man Potenziale des Freiwilligensurveys verschenken, wenn man ihn reduziert auf einen Datensatz zur Berechnung von Quoten betrachtet. So wichtig dieser Aspekt auch ist: Die allgemeine Engagementquote steht in unserem Bericht in nur einem von insgesamt 21 empirischen Kapiteln im Zentrum der Betrachtung. Der Freiwilligensurvey bietet vielfältige Möglichkeiten, spezifische Aspekte des freiwilligen Engagements, auch differenziert für Bevölkerungsgruppen, genauer zu betrachten. Darüber hinaus wurden 2014 zahlreiche neue Erhebungsinhalte aufgenommen, die es ermöglichen, Zusammenhänge zwischen freiwilligem Engagement, informellen Unterstützungsleistungen und anderen Lebensbereichen wie beispielsweise der familiären und der gesundheitlichen Situation in den Blick zu nehmen.

Wir laden alle Interessierten herzlich ein, sich über freiwilliges Engagement in Deutschland anhand unseres Berichts zu informieren¹¹ und gegebenenfalls unsere empirischen Analysen anhand der Daten der Freiwilligensurveys zu überprüfen, zu ergänzen und zu erweitern.¹² Die große Aufmerksamkeit, die dem Freiwilligensurvey 2014 in der Engagementforschung aktuell zuteilwird, berechtigt uns zu der Annahme, einen wichtigen Beitrag zur Engagement-

⁹ <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/8782-08.pdf> (S. 7),
<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/8779-08.pdf> (S. 14).

¹⁰ <http://www.b-republik.de/archiv/warum-herr-leif-sich-nicht-gut-auskennt>, http://www.isab-institut.de/upload/projekte/01_b_engagement/0_3_1_13_Freiwilligensurvey/PDF/Stellungnahme%20zum%20Freiwilligensurvey%201999_Thomas%20Gensicke.pdf.

¹¹ Der Bericht ist online erhältlich: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Freiwilligensurvey-2014-Langfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.

¹² Die Daten aller Erhebungsjahre sowie ausführliches Dokumentationsmaterial stehen Nutzerinnen und Nutzern für die wissenschaftliche Forschung über das Forschungsdatenzentrum des Deutschen Zentrums für Altersfragen (FDZ-DZA) zur Verfügung (www.fdz-dza.de).

und Zivilgesellschaftsforschung vorgelegt zu haben, von dem die Engagementforschung in Deutschland lernen kann. Als Neuankömmlinge im Feld haben wir offensichtlich unsere Chance als Außenseiterinnen und Außenseiter genutzt und bestehende Gewissheiten infrage gestellt. Wir sind uns recht sicher, dass wir die Engagementforschung damit nicht zerstört, sondern der Engagementforschung durch die Transparenz unseres Vorgehens einen Dienst geleistet und eine lebhafte Debatte darüber ermöglicht haben. Dieser offene Diskurs wird dem freiwilligen Engagement in Deutschland und seiner Erforschung insgesamt gut tun.

AutorInnen

Dr. Julia Simonson ist Soziologin. Sie ist Leiterin des Arbeitsbereichs Forschung und stellvertretende Institutsleiterin des Deutschen Zentrums für Altersfragen sowie Projektleiterin des Freiwilligensurveys 2014. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen u.a. soziale Ungleichheit, Engagement und Partizipation.

Kontakt: julia.simonson@dza.de

Dr. Claudia Vogel ist Soziologin. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Zentrum für Altersfragen und stellvertretende Projektleiterin des Freiwilligensurveys 2014. In der Forschung beschäftigt sie sich u.a. mit Migration, Generationenbeziehungen, Partizipation und Engagement.

Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer ist Psychologe. Er ist Leiter des Deutschen Zentrums für Altersfragen und außerplanmäßiger Professor an der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsthemen sind u.a. soziale Beziehungen und soziale Integration älterer Menschen sowie familiäre und gesellschaftliche Solidarität.

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de